

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.15 - 58. Jahrgang

19. Juli 2008

Thema der Woche:

Verbraucherschutz gestärkt

Das Europäische Parlament hat von seinem Mit-Gesetzgebungsrecht im Bereich der Verbraucherschutzpolitik in den letzten Jahren oft Gebrauch gemacht und viele - auch für uns Berlinerinnen und Berliner - wegweisende Verbesserungen geschaffen. Dazu gehören z. B. die Verlängerung der Garantiezeit beim Kauf von elektronischen Geräten von sechs Monaten auf zwei Jahre oder die Regelungen zum Roamen, also dem Telefonieren mit dem Handy im Ausland.



Dagmar Roth-Behrendt ist Berliner Europaabgeordnete.

Jetzt hat das Europäische Parlament beschlossen, dass Fluggesellschaften beim Ticketverkauf nur mit Endpreisen werben dürfen. Angebliche 99 Cent-Flüge, die mit Steuern, Flughafen- oder Gepäckgebühren vielleicht 60-80 Euro kosten, gehören der Vergangenheit an. Für die Kundinnen und Kunden werden Transparenz und Vergleichbarkeit der Angebote erhöht.

Auch die Verbesserung der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln ist im Europäischen Parlament immer Ziel der Arbeit. Am 8. Juli, wurde ein ganzes Gesetzespaket zu Lebensmitteln verabschiedet, das u. a. eine verschärfte Kennzeichnungspflicht für die umstrittenen Azofarbstoffe vorsieht. Wissenschaftliche Studien haben einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verzehr der häufig bei der Herstellung von Süßigkeiten und Getränken verwendeten Farbstoffe und hyperaktiven, aggressivem Verhalten und Konzentrationschwierigkeiten bei Kindern nachgewiesen. Auch wenn ein Verbot der Farbstoffe konsequenter gewesen wäre, ist diese verschärfte Kennzeichnung ein großer Fortschritt. **Dagmar Roth-Behrendt** □

BS-Interview:

Bessere Chancen in Berlin

Prof. Jürgen Zöllner: Bildungssystem durchlässiger machen

Berlin tut viel für die Bildung: Mehr als 600 Lehrerinnen und Lehrer wurden neu eingestellt, der Schuljahresbeginn ist gut organisiert. Berlin bietet schon heute Kindern aus sozial schwächeren Familien bessere Bildungschancen als andere Bundesländer. Aber die Durchlässigkeit im Bildungswesen muss weiter verbessert werden, fordert Berlins Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner im Interview mit der BERLINER STIMME.

Berliner Stimme: Herr Zöllner, erstmals ist in Berlin die Lehrerausstattung des kommenden Schuljahres bereits vor den Sommerferien Thema. Können Eltern, Lehrer und Schüler diesmal beruhigter in die Ferien gehen?

Zöllner: Ja, jetzt läuft die Diskussion, die in den letzten Jahren erst während der Ferien und nach Beginn des neuen Schuljahres gelaufen ist. Die Eltern können aber beruhigt sein. Denn die mehr als 600 Einstellungen, die wir zum ersten Schultag vornehmen wollten, sind nahezu vollständig an Bord. Das hat es in Berlin wohl schon lange nicht mehr gegeben. Eltern, Lehrer



Sorgt für bessere Bildungschancen: Bildungssenator Prof. Jürgen Zöllner. Foto: Horb

und Schüler können auch deswegen beruhigt sein, weil wir zusätzlich eine Vertretungsfeuerwehr mit 140 Stellen geschaffen haben. Damit wollen wir erreichen, dass schon am ersten Schultag nach den Sommerferien in nicht absehbaren Fällen nicht verfügbare Lehrkräfte sofort ersetzt werden können. Wir wollen die Unterrichtsversorgung vom ersten Schultag an sichern. Außerdem binden wir damit viele gute Nachwuchskräfte an die Berliner Schule.

➔ Fortsetzung Seite 3

Öffentlicher Dienst:

Einmalzahlungen begrüßt

Müller: Untere Lohngruppen profitieren

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Michael Müller, hat die vom Senat beschlossenen Einmalzahlungen für die Angestellten und die Beamten des Landes Berlin begrüßt.

Mit dieser freiwilligen Zahlung hat der Senat die richtige Konsequenz aus den Verhandlungen gezogen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen nicht die Leidtragenden für die mangelnde Kompromissbereitschaft der Gewerkschaftsführung sein. Die Verhandlungsstrategie der Gewerkschaften mit dem Beharren auf Maximalforderungen bleibt rätselhaft. In den nun vom Senat beschlossenen Einmalzahlungen sieht Müller auch eine Anerken-

nung für die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,
REDAKTION UND VERLAG DER BERLINER
STIMME WÜNSCHEN IHNEN ANGENEHME
SOMMERFERIEN. UNSERE NÄCHSTE AUSGABE
ERSCHEINT AM 6. SEPTEMBER.

stes. Sie haben mit dem Solidarpakt einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung geleistet. Insgesamt würden 60 Millionen Euro zusätzlich gezahlt, so Michael Müller. Der SPD sei wichtig, dass insbesondere die unteren Lohngruppen von den zusätzlichen Zahlungen profitieren. **BS** □

Tour de Saar in Berlin

Astrid Klug organisierte Hauptstadt-Besuch per Rad

Seit 12 Jahren findet die Tour de Saar bereits als Gemeinschaftsaktion der Saar-SPD und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) statt. In der Regel erkunden 100 bis 150 Radbegeisterte als rollende SPD-Karawane auf diese Weise das Saarland und seine Nachbarn. In diesem Jahr wollte die Tour-Initiatorin und Bundestagsabgeordnete Astrid Klug den Tour-Teilnehmern nicht ihren Wahlkreis, sondern ihren zweiten Arbeitsort - die Bundeshauptstadt Berlin - zeigen. Am 2. Juli reisten 40 saarländische Fahrrad- und Berlin-Fans ökologisch korrekt mit der Bahn an.

Erkundet wurde zunächst zu Fuß das Regierungsviertel, dann per Rad die Innenstadt. Im Wedding zeigte sich der Bundestagsabgeordnete Jörg-Otto Spiller als guter Gastgeber in seinem Wahlkreis. Jörg-Otto Spiller kennt sich als Finanzexperte nicht nur mit dem Geld aus. Er war auch viele Jahre Weddinger Bürgermeister und stellte den Saarländern seinen Bezirk und dessen Geschichte vor.

Am nächsten Tag - auf dem Weg nach Potsdam - ermöglichte der Bundestagsabgeordnete Klaus-Uwe Benneter einen Stopp in Steinstücken. Beim Bürgerverein



Unterwegs auf dem Ku-Damm: Astrid Klug und die saarländischen Sozialdemokraten. Foto: Rüter

erfuhren die Teilnehmer einiges über die Bedingungen der Teilung Berlins. Steinstücken war früher eine Exklave und verdeutlichte die Skurrilität und Dramatik der deutschen Teilung. War Berlin der Pfahl im Fleisch der DDR, so war Steinstücken ein Holzsplitter. Erst die Ostpolitik Willy Brandts ermöglichte den Bau eines von Mauern umgebenen Korridors, der dann Steinstücken mit West-Berlin verband. Im Domizil des rührigen Vereins gaben Günter und Gitti Rosnagel vom Bürgerverein mit interessanten Filmen und Anekdoten einen Eindruck von den damaligen Lebensbedingungen. **Norbert Rüter** □

Selbstbewusstsein zeigen

Müller: Offensiv mit linker Konkurrenz auseinandersetzen

Mehr Selbstbewusstsein auf allen Ebenen hat der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung gefordert.

Die Berliner SPD habe durch ihre Koalition mit der Links-Partei gezeigt, wie gut es der SPD tut, wenn sie selbstbewusst die Frage des Umgangs mit der Linken sachlich und nicht kleinmütig-taktisch beantwortet. Er rechne mit einem dauerhaften Fünf-Parteien-System. Links gibt es für uns eine zusätzliche Konkurrenz. Damit müssen wir uns offensiv auseinandersetzen. Es müsse ab sofort Schluss damit sein, dass wir immer zuerst auf die Position der Linken schielen, so Müller. Die SPD muss ihre wichtigen Grundsatzpositionen formulieren. Kein Steuerwettbewerb nach unten; kein rückwärts gewandter nationaler Sonderweg in der Europa- und Sicherheitspolitik; gerechte Chancen für alle in der Bildungspolitik von kostenlosen Kita-Jahren bis zum gebührenfreien Studium, um nur ein paar Eckpunkte zu nennen.

Die SPD, so Müller, müsse sich auch führen lassen, sich als Team aufstellen. Da

sind alle gefordert, vom Vorsitzenden, über die Vizes und das Präsidium, bis zu den Regierungs- und Fraktionschefs. Mehr Selbstbewusstsein muss auf allen Ebenen einziehen.

Müller zeigte sich von einer immer wichtigeren Rolle von Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit innerhalb der Bundes-SPD überzeugt. Klaus Wowereit sei als Ministerpräsident einer der führenden Köpfe der SPD. Er mischt sich zunehmend in bundespolitische Themen ein und wird deshalb parteipolitisch immer wichtiger. Kritik übt Müller am Verhalten von SPD-Chef Kurt Beck, per Interview die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel öffentlich um mehr Berücksichtigung bei der Verteilung von Koalitionserfolgen zu bitten. Das ist einfach unnötig. Wir sind eine stolze und selbstbewusste Partei. Wir müssen für unsere Positionen und Inhalte kämpfen. Wir brauchen keine mildtätigen Spenden. Es sei ein harter politischer Kampf und Schlagabtausch, sich mit den eigenen Positionen auch durchzusetzen. Da darf man auf Milde nicht hoffen, mahnte Müller. **PM** □

POLITIK PERSÖNLICH

Robert Schaddach, SPD-Abgeordneter in Treptow-Köpenick, hat sein Wahlkreissommerfest am 5. Juli in Kooperation mit dem Seesportclub Berlin Grünau organisiert. Die Abteilungen des Seesportclubs, von Triathlon, über Seesport, bis Surfen und Drachen-



boot stellten sich bei einem Tag der Offenen Tür vor. In Kooperation mit dem Verein Segel-Club Rohrwall e.V. wurde eine Drachenbootregatta und eine Kutterregatta durchgeführt. Als Gäste kamen auch die Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler und der Bezirksstadtrat Svend Simdorn und Mitglieder des Abgeordnetenhauses, denen der Weg selbst aus Spandau nicht zu weit war. □

Mindestlohn: mehr soziale Gerechtigkeit

Als „wichtigen Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit und zum besseren Schutz der Beschäftigten vor Dumping-Löhnen“ hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Einigung in der Bundesregierung zum Mindestlohn bezeichnet. Das Bundeskabinett hatte am Mittwoch das neue Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingengesetz beschlossen. Ziel von Bundesarbeitsminister Scholz ist dabei die Bekämpfung von Lohndumping und unfairer Billigkonkurrenz. Acht Branchen bemühen sich derzeit um Aufnahme in das Entsendegesetz. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

BS-Interview:

Bessere Chancen in Berlin

Prof. Jürgen Zöllner: Bildungssystem durchlässiger machen

Fortsetzung von Seite 1

BS: Gab es genug qualifizierte Bewerber für die zu besetzenden Stellen?

Jürgen Zöllner: Die wichtige Nachricht ist, dass die Bewerberauswahl sehr groß und gut war. Allein die Tatsache, dass wir mit der Organisation des Schuljahres um mindestens zwei Wochen eher dran sind, wirkte sich positiv auf die Bewerberlage und damit für die Schulen aus. Unter den Neueinstellungen gibt es, z. B. mehr als 40, die ihre 2. Staatsprüfung mit der Note sehr gut absolviert haben. Wir haben auch mehr als 50 Lehrkräfte aus anderen Ländern eingestellt, darunter auch aus Hessen und Hamburg.

BS: Der Bezirksbürgermeister von Mitte Christian Hanke hat die Sorge, dass beim neuen Modell der Lehrerbemessung Bezirke benachteiligt werden, die besonders viel Integrationsarbeit leisten müssen. Sehen Sie eine solche Gefahr auch?

Jürgen Zöllner: Nein, denn es ist gerade unser Ziel, Kinder, Jugendliche und Familien in sozialbelasteten Quartieren wie z. B. Mitte zu stärken. Deswegen fördern die neuen Zumessungsrichtlinien Schülerinnen und Schüler in sozialen Brennpunkten im besonderen Maße. Neben den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sind das aber auch die, die erhebliche Sprachprobleme haben, obwohl sie deutscher Herkunftssprache sind. Diese Schülerinnen und Schüler haben bislang keine sie unterstützenden Fördermaßnahmen bekommen. Mit den neuen Zumessungsrichtlinien werden nicht nur die Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, sondern auch diese Schülerinnen und Schüler besonders gefördert. Zur echten Steuerung von sozialen Brennpunkten, erhalten diese einerseits über den Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache, andererseits über den Anteil lernmittelbefreiter Schüler ein Doppelziehungsrecht für Förderstunden. Um die Lernmittelbefreiten zusätzlich zu fördern, ist der Fördertopf insgesamt um 111 Stellen aufgestockt worden.

BS: Der SPD geht es um bessere Bildungschancen, um mehr Durchlässigkeit im Schulsystem. Wenn Sie auf die Schulabschlüsse dieses Jahres in Berlin schauen - wie zufrieden sind Sie damit?

Jürgen Zöllner: Ich bin mit der Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems nicht zufrieden. Die PISA-Forscher stellen fest, dass in Deutschland der Bildungserfolg sehr von der sozialen Herkunft abhängt. In Berlin ist dieser Zusammenhang allerdings weniger stark, als in anderen



Bildungsminister Zöllner: Berlin hat deutschlandweit den zweithöchsten Anteil an Abiturienten.

Ländern: PISA 2003 hat auch gezeigt, dass in Bayern die Chance eines (verkürzt ausgedrückt) Akademikerkindes, das Gymnasium zu besuchen, um 6,65 mal höher ist als die Chance eines (verkürzt ausgedrückt) Arbeiterkindes. Und zwar selbst wenn beide Kinder in den Lese- und Mathematikkompetenzen gleiche Leistungen aufweisen. In Berlin ist die entsprechende Chance nur 2,67 mal höher. Daher kann man sagen, dass in Berlin eine größere soziale Gerechtigkeit herrscht als in Bayern.

Der Anteil der Grundschüler, die auf Gymnasien wechseln, ist in Berlin mit 46 Prozent höher als der deutschlandweite Durchschnitt mit 39 Prozent.

Die Abiturientenquote ist im Laufe der Jahre von 32 Prozent im Jahre 2000 auf fast 36 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Das ist deutschlandweit der zweithöchste Anteil.

DEUTLICHE HINWEISE DARAUF,
DASS SOZIAL SCHWÄCHERE IM
BERLINER BILDUNGSSYSTEM
BESSERE CHANCEN HABEN

Der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund liegt 2008 bei 11,5 Prozent.

Das sind deutliche Hinweise darauf, dass sozial Schwächere im Berliner Bildungssystem bessere Chancen haben, als in anderen Ländern. Wir wollen nichts verklären, denn wir müssen die Bildungschancen von sozial Schwächeren weiter verbessern.

Deshalb begrüße ich es, dass die Koalitionsfraktionen und Bündnis 90/Grüne mich beauftragt haben, Verbesserungsmöglichkeiten zur Schulstruktur zu prüfen. Auf Grundlage des Prüfungsergebnisses kann dann eine sachliche Diskussion über die Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur geführt werden. Neben der Berücksichtigung der Entwicklungen in

anderen Ländern (z. B. Hamburg) ist es wichtig, mit außerschulischen Partnern, wie der Wirtschaft, Wege zu einem stärkeren Praxisbezug in den Schulen zu erarbeiten. Im Hinblick auf die Schulstruktur muss die Prüfung selbstverständlich auch die Konsequenzen durch die Verkürzung der Schulzeit (Abitur in 12 Jahren) analysieren, insbesondere den Ausbau von Ganztagsangeboten.

BS: Nach der Sommerpause starten die ersten Gemeinschaftsschulen. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung dieser Schulform? Gibt es Möglichkeiten für weitere Schulen, sich zu beteiligen?

Jürgen Zöllner: Wir brauchen das Modell Gemeinschaftsschule, weil wir die Arbeit der Schulen mit unterschiedlich leistungsstarken Schülerinnen und Schülern verbessern müssen. Deshalb freuen wir uns über weitere Schulen und Schulverbände, die zum übernächsten Schuljahr Gemeinschaftsschule werden wollen.

BS: Größere Veränderungen wird es bei der Schulaufsicht geben. Was ist Ihr Ziel?

Jürgen Zöllner: Im Mittelpunkt steht für mich die Qualität der schulischen Bildung. Um diese weiter zu verbessern, brauchen wir einen Qualitätssprung in der Schulaufsicht. Wir haben die quantitative Ausstattung der Schulen im Doppelhaushalt 2008/2009 deutlich verbessert. Nun müssen wir dafür sorgen, dass das Schulsystem diese Ressourcen so gut wie möglich nutzt, d. h. wir müssen Entscheidungsprozesse vereinfachen, Doppelzuständigkeiten vermeiden und Schnittstellen klären. Mit der stetig wachsenden größeren Eigenständigkeit der Schulen geht eine Veränderung der Aufgaben der Schulaufsicht zwingend einher. Wir brauchen daher eine Beschleunigung des Wandels des Selbstverständnisses der Schulaufsicht zu einem Dienstleister für die Schulen und nicht nur eine größere Eigenverantwortung der Schulen, sondern auch eine größere Verantwortlichkeit der Schulaufsicht und deshalb eine weitere Qualifizierung und Professionalisierung ihrer Arbeit.

Ich bin davon überzeugt, dass die Maßnahmen zur Entbürokratisierung, zur Organisation der Schulen und zur Verbesserung der Arbeit der Schulaufsicht spürbar dazu beitragen, dass das Schulsystem effizienter und reibungsloser läuft. Wichtig ist aber, das sich nicht nur die Regeln, sondern auch die Einstellung aller Beteiligten im Schulsystem wandelt: Wir alle - die Schulen, die Schulaufsicht bis hin zum Senator - müssen ständig bereit sein, uns zu hinterfragen und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

BS: Wie werden Sie selbst die Sommerferien nutzen?

Jürgen Zöllner: Ich werde ausspannen, nachdenken und Sport treiben - am liebsten gleichzeitig. **Fragen: Ulrich Horb** □

Bildungspolitik:

Unsere Ziele umgesetzt

Felicitas Tesch zieht positive Zwischenbilanz sozialdemokratischer Schulpolitik

Die SPD-Fraktion sei dafür verantwortlich, dass die parteiinternen Beschlüsse in Regierungshandeln umgesetzt werden, sagt Felicitas Tesch, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Und sie zieht eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann.

Am 1. September 2008 starten elf Berliner Schulen und Schulverbände einen Modellversuch als Gemeinschaftsschulen. Dies haben die Regierungsfractionen SPD/Die Linke gemäß unseren Beschlüssen und des gemeinsamen Koalitionsprogramms auf den Weg gebracht.

In den Gemeinschaftsschulen sollen nach skandinavischem Vorbild alle Kinder von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss gemeinsam lernen. Ziel ist ein durchlässiges Bildungssystem, das alle Kinder gleichermaßen fördert. Die teilnehmenden Schulen haben weitgehend freie Hand in der Auswahl ihrer Lernmethoden, eine Benotung muss nicht zwingend stattfinden, und kein Kind wird mehr sitzen bleiben. Es gibt kein Probehalbjahr und die äußere Leistungsdifferenzierung in Kurse, wie sie die Gesamtschulen praktizieren, entfällt. Wir sind sicher: Der Gemeinschaftsschule wird die Zukunft gehören. Wir wollen die soziale Auslese unseres Schulsystems überwinden. Niemand soll mehr zurückbleiben, jede/r ist wertvoll.

Im April dieses Jahres hat sich die Initiative Pro Ethik gegründet, die aus dem Forum Gemeinsames Wertefach für Berlin entstanden ist. Dieses Forum wurde bereits im Oktober 2005 ins Leben gerufen,



Dr. Felicitas Tesch ist bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

und es hat die Gesetzesänderung für das Fach Ethik vorbereitet und dessen Umsetzung konstruktiv begleitet. Der jetzt entstandenen Initiative gehören Abgeordnete aus der SPD, der Linksfraktion, dem Bündis90/Die Grünen, sowie Vertreter/innen der GEW, des Humanistischen Verbands, der Humanistischen Union und der Christen für Ethik an. Der Initiative steht Walter Momper als Abgeordneter (nicht als Parlamentspräsident) als Schirmherr vor. Ziel ist es, den im Schuljahr 2006/2007 ab der 7. Klasse eingeführten Ethik-Unterricht an den Schulen als Pflichtfach zu erhalten, den die Initiative Pro Reli durch einen Volksentscheid mit einem Wahlpflichtfach Religion oder Ethik ersetzt haben will.

Für die SPD-Fraktion gibt es keinen Än-

derungsbedarf, das Pflichtfach Ethik hat sich gut entwickelt, und Religion ist im Land Berlin niemals Pflichtfach an den Schulen gewesen. Wir möchten die Trennung zwischen Staat und Kirche erhalten, allerdings wollen wir keinen Kulturkampf und haben den Religionsgemeinschaften stets Kooperationsmöglichkeiten angeboten.

Seit dem Schuljahr 2007/2008 sind die Berliner Schulen zu 100 % mit Lehrkräften ausgestattet. Hierzu sind Einstellungen und Stundenaufstockungen im Umfang von 450 Stellen vorgenommen worden, wobei alle Lehrkräfte mit 2/3 Stelle die Möglichkeit bekommen haben, ihre Arbeitszeit auf eine volle Stelle aufzustocken. Im Rahmen der Nachsteuerung wurden weitere 101 Lehrkräfte unbefristet neu eingestellt, sodass 2007 insgesamt ein Umfang von 551 neuen Stellen erreicht wurde. Im Jahr 2008 wurden bereits 210 Lehrkräfte im Frühjahr eingestellt. Für das nächste Schuljahr kommen mehr als 400 weitere Stellen hinzu, dazu 140 Stellen für den sog. Vertretungspool, auf den Schulleiter/innen zurückgreifen können.

Langfristig erkrankte Lehrkräfte werden nicht mehr auf die personelle Ausstattung der Schulen angerechnet, sodass auch im Falle solcher Erkrankungen die 100 %ige Ausstattung der Schulen gewährleistet bleibt. Für kurzfristige Erkrankungen haben die Schulen 3 % ihres anerkannten Unterrichtsbedarfs als Budget erhalten und sind so in der Lage, selbstständig befristete Vertretungseinstellungen vorzunehmen.

Zum Schluss noch etwas, was mir sehr am Herzen liegt: Kein Kind soll hungrig in der Schule sitzen! Deshalb bin ich froh, dass der Landesparteitag am 21. Juni den Beschluss gefasst hat, dass künftig an allen Berliner Schulen und Kitas ein kostenloses Mittagessen ausgegeben werden soll. Dies betrifft 330 000 Schülerinnen und Schüler und 105 000 Kita-Kinder, würde das Land Berlin ca. 200 Mio. € kosten und kann deshalb nur langfristig eingeführt werden. Der Antrag wird in die Haushaltsberatungen 2010/2011 einfließen. Es gibt jedoch Signale aus der Bundespolitik, dass dies auch auf dieser Ebene als wichtiger Baustein in der Bildungspolitik angesehen wird. Wir in Berlin sind – wie fast immer – Vorreiter: Als erster Schritt wird ab dem Schuljahr 2008/2009 das Essen auch an den gebundenen Ganztagschulen nur noch 23 € statt bisher ca. 40 € monatlich kosten – in bestimmten Fällen übernimmt ein Härtefallfonds auch diese Kosten.

Dr. Felicitas Tesch □

Treptow-Köpenick:

Alle in einem Boot

SPD-Abgeordnete hatten zur Tour auf dem Müggelsee geladen

Mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit hatte die SPD Treptow-Köpenick bei ihrer Dampferfahrt am Dienstag einen hochkarätigen Gesprächspartner an Bord.

Eingeladen zur Fahrt hatten die SPD-Abgeordneten des Bezirks, gekommen war auch der international bekannte Kameramann Michael Ballhaus, der gerade einen Film über die Berlinerinnen und Berliner dreht. Klaus Wowereit berichtete den 150 Gästen der Fahrt von der Entscheidung des Senats zu zwei Einmalzahlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, er begründete die Entscheidung zur denkmalgerechten Sanierung der Staatsoper.

Kurz unterbrochen wurde die Fahrt von



Klaus Wowereit und die Abgeordnete Renate Harant. Foto: Sabine Bock

Flughafengegnern, die sich von Booten und einer Brücke aus für ein Nachtflugverbot in Schönefeld einsetzten. Klaus Wowereit sprach mit ihnen. Sabine Bock/BS □

Stadtentwicklung:

Schnelles Eingreifen, dauerhafte Lösungen

Hella Dunger-Löper: Die Soziale Stadt braucht verbindliche Vereinbarungen

Ist das Quartiersmanagement überfordert, die sozialen Probleme zu lösen? Unter dieser Fragestellung hatte der SPD-Fachausschuss Soziale Stadt am 9. Juli eingeladen, Ergebnisse und Perspektiven der Sozialen Stadt zu diskutieren. Der folgende Text ist die Zusammenfassung eines Vortrags von Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin für Bauen und Wohnen, auf dieser Veranstaltung.

Berlin hat eine Vorreiterrolle, wenn es darum geht, Quartieren mehr Chancen in der Stadt zu geben. Seitdem die Politik der Sozialen Stadtentwicklung vor über zehn Jahren mit der Festlegung der ersten Quartiersmanagementgebiete begründet wurde, sind die Instrumente der Quartiersverfahren kontinuierlich überprüft und verbessert worden.

Den Erfolg der sozialen Stadtentwicklung belegen nicht nur die öffentlich bekannten Beispiele wie der Campus Rütli, wo Maßnahmen im Rahmen des Quartiersmanagement schnell und unbürokratisch eingesetzt wurden und damit ein besonders schwieriger Ort in eine positive Richtung gelenkt werden konnte. Die Basis für eine positive Entwicklung in den Quartieren ist vor allem die Aktivierung vieler Menschen.

Soziale Stadtentwicklung heißt zuerst, den Menschen in einem Quartier zu helfen, die Situation in ihrem Quartier durch das eigene Engagement zu verbessern. Empowerment heißt das Zauberwort, was soviel bedeutet wie: Wir können es schaffen, wenn wir wollen, und wenn ihr uns unterstützt.

MESSBARE VERÄNDERUNGEN IN DEN QUARTIEREN

Wir haben begonnen, die Veränderungen in den Quartieren zu messen. Unser Monitoring Soziale Stadtentwicklung ist inzwischen soweit verbessert worden, dass wir auch kleine Kieze und deren soziale Merkmale beurteilen können.

Unsere Beobachtungen haben ergeben: Es gibt positive Veränderungen, es gibt aber auch weiterhin hohen Interventionsbedarf. Dies betrifft besonders Innenstadt-Quartiere im Wedding, in Kreuzberg und Nord-Neukölln. Allerdings geben auch einige Räume in den Außenbezirken - vor allem in Spandau und Marzahn-Hellersdorf - Anlass zur Sorge.

Die Politik der Sozialen Stadt hat zum Ziel, gleiche Chancen für die Menschen in allen Teilen Berlins zu schaffen. Hierfür



Hella Dunger-Löper ist Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Foto: SPD

sind inzwischen insgesamt 33 Gebiete mit Quartiersverfahren eingerichtet worden. Die wichtigsten Handlungsfelder sind Bildung, Integration und die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt.

Eine zentrale Säule der Sozialen Stadtentwicklung ist die gestaltende Rolle der Menschen in den Quartieren. Das was in einem Gebiet geschehen muss, kann am besten von denjenigen beurteilt werden, die dort leben. Daher sind der Quartiersrat und der Quartiersfonds keine Verwaltungsorganisationen, sondern Instrumente der Menschen vor Ort.

Die Stärke des Quartiersmanagements liegt daher vor allem darin, mit den Menschen in einem Gebiet gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, die sehr genau auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten sind. Vor allem unkonventionelle Projekte sind häufig besonders erfolgreich. Da ist zum Beispiel die Bildungsoffensive Wrangelkiez, mit der ein ganzes Bündel von Maßnahmen für Kinder, Jugendliche wie auch für Erwachsene angeboten wird. Oder das Projekt Familie im Zentrum in Spandau: Mit diesem Modellprojekt sollen an drei Standorten Regeleinrichtungen (Grundschulen und Kindertagesstätten) unterstützt werden, um sich zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Ein besonders erfolgreiches Beispiel sind die Stadtteilmütter in Neukölln, wo Frauen mit Migrationshintergrund lernen, selbst zu organisieren und sich um die Verhältnisse in ihrem Gebiet zu kümmern.

Ein weiterer Vorteil des Verfahrens liegt in der Vernetzung in einem Gebiet. Hier spielt die Kooperation mit dem jeweiligen Bezirk und mit Partnern eine wichtige Rol-

le, wie zum Beispiel die Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften aber auch Unternehmen.

Bei diesen unbestreitbaren Stärken, die unsere Verfahren der Sozialen Stadtentwicklung haben, dürfen jedoch die Grenzen nicht übersehen werden. Sie liegen vor allem in der zeitlichen Begrenzung und im Projektcharakter der Vorhaben. Das Quartiersmanagement kann bestimmte Entwicklungen auf den Weg bringen. Wenn die jeweiligen Maßnahmen beendet sind, müssen alle Beteiligten vor Ort sich weiter engagieren.

Häufig wird erwartet, dass die Projekte weiter finanziert werden. Dies ist finanziell nicht zu leisten, es würde aber auch der Sache nicht gerecht, denn es gilt jenseits der kurzfristigen Instrumente, die Probleme strukturell zu lösen. Hier hilft nur die Kontinuität und Verstetigung durch die Fachpolitik. Dort wo es Probleme mit der Sprache und mit der Bildung gibt, müssen die Schule und andere Institutionen verbesserte Angebote machen. Wo Fragen der Sicherheit eine Rolle spielen, geht es um die Präsenz der Polizei.

Vor allem wo es um die Fragen von Wirtschaft, von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen geht, ist es erforderlich, Angebote jenseits der begrenzten Möglichkeiten des Quartiersmanagement zu machen. Auch hier wird im Rahmen der Sozialen Stadtentwicklung vieles versucht und angeschoben: Lokale Initiativen für Ausbildungsplätze und zur Qualifizierung von Jugendlichen gemeinsam mit Unternehmen, oder auch Vernetzungen von bestimmten Branchen in einem Quartier.

Quartiersmanagement ist ein raffiniertes Instrument, Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Vereine, Unternehmen und Verwaltung zusammen zu bringen. Die Voraussetzung hierfür ist, dass sich alle Beteiligten darauf einlassen. Dies bedeutet allerdings, sich auch jenseits von vorgegebenen Aufgaben und Strukturen zu engagieren.

Wir brauchen daher Verabredungen zwischen allen Beteiligten in einem Quartier. Mit allen - das heißt nicht nur wie bisher Verträge zwischen der Stadtentwicklungsverwaltung und den Bezirken zu schließen, sondern auch mit den anderen beteiligten Senatsressorts wie auch mit den örtlichen Verbänden und Institutionen.

Wenn wir die Situation in Quartieren mit besonderem Bedarf auf Dauer verbessern wollen, brauchen wir Verlässlichkeit und Kontinuität. Dazu müssen alle stehen. Gemeinsam. □

Klimaschutz als zentrale Aufgabe

Senat beschließt neues Arbeitsprogramm - SPD-Fraktion: Großer Gewinn für die Stadt

Klimaschutz wird eines der zentralen Arbeitsgebiete des Berliner Senats. Mit einem ressortübergreifenden Arbeitsprogramm werden neue politische Anstöße gegeben und bereits begonnene Projekte gebündelt. Bereits jetzt ist Berlin Vorreiter beim Klimaschutz und hat den energiebedingten CO₂-Ausstoß seit 1990 um 25 % reduziert. Für das Jahr 2008 ergeben sich aus dem neuen Arbeitsprogramm zusätzliche Aufträge für die einzelnen Senatsverwaltungen.

Neu sind unter anderem Verpflichtungen der Senatsverwaltungen, die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. Geplant ist ein Klimabündnis Berlin unter Einbeziehung der großen Wirtschaftsbetriebe der Stadt. Und mit einem Energiekonzept 2020 für Berlin sollen die nächsten Schritte für eine klimaverträgliche Energieversorgung Berlins vorbereitet werden.

Das jetzt beschlossene Arbeitsprogramm ergänzt das im Jahr 2006 verabschiedete Landesenergieprogramm für den Zeitraum 2006-2010. Es wird aber auch begleitet durch die Aufforderung an alle Berlinerinnen und Berliner, sich aktiv an Energiesparmaßnahmen zu beteiligen und durch ihr eigenes Verhalten im Alltag dazu beizutragen, dass der Klimaschutz vorankommt. Schulen und Betriebe, Familien und Freizeiteinrichtungen können ihren Beitrag leisten. Der Senat plant als Hilfestellung eine verbesserte Energieberatung.

Als großen Gewinn für das Klima, die Umwelt und die Stadt Berlin hat der SPD-



Klaus Wowereit beim Klimagipfel der Großstädte 2007 in New York: Berlin setzt ambitionierte Ziele um. Foto: BS

Umweltexperte Daniel Buchholz das Klimaschutzprogramm des Berliner Senats bezeichnet. Der fortschreitende Klimawandel fordert aktives Handeln, so Buchholz, der umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist. Berlin stellt sich mit der vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit vorgestellten ambitionierten Klimastrategie seiner Verantwortung. Damit wird jetzt der 'Energiesparwettbewerb' gehoben, der eine mehrfache Dividende für die Stadt und ihre Bewohner bringt.

Berlin werde sich mit der Umsetzung dieser Klimastrategie klar an die Spitze der Bewegung setzen und zur unumstrittenen Hauptstadt des Klimaschutzes werden. Dafür, so Buchholz, waren auch die umfassenden Beschlüsse des Berliner Abgeordne-

tenhauses eine gute Grundlage. Auf Initiative der SPD-Fraktion hatte die rot-rote Koalition ein umfassendes Antragspaket in das Abgeordnetenhaus eingebracht. BS □

Parkraumbewirtschaftung

Vorteil für Anwohner

Parken wird für die Anwohner in Gebieten mit Parkraumbewirtschaftung deutlich günstiger, für ihre Gäste soll zudem eine unkomplizierte Anmeldung möglich werden.

Die Kosten für die Anwohner-Vignette sollen von zur Zeit 51 Euro (für zwei Jahre) ab Sommer auf 20,40 Euro für zwei Jahre deutlich gesenkt werden. Damit ist der Senat einer Anregung von SPD, Linkspartei und Grünen gefolgt, bei der Parkraumbewirtschaftung die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern besser zu berücksichtigen. Zudem soll eine unbürokratische und kostengünstige Regelung für Besucher in Parkraumbewirtschaftungszonen gefunden werden. Mit den angekündigten Verbesserungen werden die Vorbehalte gegen die Parkraumbewirtschaftung weiter entkräftet. Für Parkzonen spricht nach Ansicht der drei Fraktionen, dass sie den Parksuchverkehr vermindern und einen wirkungsvollen Anreiz schaffen, den täglichen Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen. Die Bewirtschaftung nutzt den Anwohnern und Gewerbetreibenden im Kiez, die mehr Platz zum Parken bekommen, die Verkehrssicherheit steigt. BS □

Die Industrie durchstarten lassen

Konferenz des DGB Berlin-Brandenburg: Hemmschuhe beseitigen - Potenziale nutzen

In der Berliner Industrie schlummern nach Ansicht des DGB Berlin-Brandenburg noch erhebliche Potenziale, die bisher nicht zur Entfaltung kommen: Ungelöste Infrastrukturprobleme, der schleppende Wissenstransfer zwischen Forschung und Betrieben sowie der sich anbahnende Fachkräftemangel hindern etliche Unternehmen daran, durchzustarten.

Auf der Berlin-Konferenz des DGB unter dem Motto Industriepolitik in aller Munde?! plädierte der Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, eindringlich dafür, die Hemmfaktoren endlich zu beseitigen. Die Berliner Industrie, die beachtliche Erfolge in den vergangenen Jahre vorzuweisen habe, könne weitaus mehr als die derzeitigen 12 Prozent zum Wirtschaftswachstum der Metropole beitragen. Das

Kompetenzfeld Energie werde auch von der Industriepolitischen Betriebsräte-Initiative mit Nachdruck gefordert, sagte Scholz auf der Konferenz.

Vor allem die Nutzung der innovativen Stärken des Standortes sei suboptimal, so Scholz. Obwohl die Industrie Berlins mit einem Anteil an Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich von 8,5 Prozent aufwarten könne (Baden-Württemberg: 5,6 %), starte die Industrie noch nicht durch. Innovationen würden zu langsam in wirtschaftliche Erfolge umgemünzt. In vielen Unternehmen fehlten zudem Personalentwicklungspläne, so dass der heraufziehende Fachkräftemangel sie kalt erwischen könne.

Die Tatsache, dass jeder zweite neue Arbeitsplatz in der Region auf Leiharbeit beruhe, sei ein Ausdruck von Schwäche, be-

tonte Dieter Scholz: Leiharbeit bedeute bis zu 50 Prozent unter Tarifniveau zu arbeiten, keine Aufstiegsmöglichkeiten zu besitzen und im Schnitt nur vier Monate in einem Betrieb zu sein. Mit prekärer Beschäftigung lasse sich jedoch nicht in der Champions-League der Standorte mitspielen.

Trotz vieler Erfolge gebe es leider auch negative Entwicklungen, so der DGB-Vorsitzende. Die Situation bei Tyco Electronics, Emerson, Reemtsma und Siemens, die von Betriebsschließungen bzw. Personalabbau bedroht seien, zeige, dass der Senat verstärkt an die industriepolitischen Herausforderungen herangehen müsse.

Wenn es nur noch um maßlose Renditeerwartungen gehe und die Erhöhung des Shareholder Values, dann laufe etwas schief in der Wirtschaft, sagte Dieter Scholz. PM □

Viele gute Gespräche

SPD Neu-Westend lud zum Terrassenfest

Das 3. Neu-Westender Terrassenfest sorgte für viele Gespräche über bezirkliche Themen und die Landespolitik

Natürlich stand das von der SPD Neu-Westend ins Leben gerufene Projekt Stadionparkzone bei vielen Interviews im Mittelpunkt des Interesses. Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer versicherte, dass die Senatsverwaltung die Beschlusslage der Bezirksverordnetenversammlung und vor allem die Bedürfnisse der betroffenen Anwohner sehr ernst nähme, aber eben doch viele Aspekte noch geprüft und gegeneinander abgewogen werden müssten.

Sowohl die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Felicitas Tesch, als auch der anwesende Bezirksstadtrat für Schule, Reinhard Naumann, bekräftigten, dass der Senat und der



Terrassenfest der SPD Neu-Westend. Foto: Sempff

Bezirk zur anstehenden Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens ihre Hausaufgaben gemacht hätten und man gut vorbereitet sei. In die bauliche Infrastruktur wurde in den letzten Jahren viel investiert hob Reinhard Naumann hervor.

SPE-Kongress:

Gemeinsam in Europa

SPE-AktivistInnen trafen sich in Wien

Am 4. und 5. Juli 2008 trafen sich beim 1. PES Activist Forum im österreichischen Wien 300 engagierte AktivistInnen der Sozialdemokratischen Parteien aus ganz Europa, um über das Europawahlprogramm für 2009 und ihre Zusammenarbeit im Wahlkampf zu diskutieren. Für Berlin waren die SPD-Mitglieder Katja Lass-Lennecke, Björn Hacker und Jens Jansen dabei.

Um uns zu vernetzen und unsere gemeinsamen Botschaften über nationale Grenzen hinaus zu tragen, haben wir in Wien auch über Techniken der Kampagnenführung gesprochen. Dazu gehört ein reger Austausch, mithilfe von organisierten Treffen der AktivistInnen-Gruppen, enger Kontaktpflege und natürlich den Möglich-

keiten des Internets. In Diskussionen vor Ort wollen wir dann unsere Argumente der zu vielen Themen vorherrschenden einseitigen konservativen Sichtweise entgegenzusetzen, unsere Themen definieren und in der öffentlichen Debatte zuerst besetzen.

Das AktivistInnen-Forum war für uns SozialdemokratInnen ein voller Erfolg. Es wurden viele neue Kontakte zwischen den AktivistInnen geschlossen, Kooperationsmöglichkeiten eröffnet und schon erste Ideen für die Zukunft geschmiedet. Wir wollen in Europa gestalten und freuen uns auf die angelegte Fortsetzung des Forums im nächsten Jahr.

Katja Lass-Lennecke □

Weitere Informationen zu den SPE-AktivistInnen: <http://manifesto2009.pes.org/>

Unter neuer Regie

Anita Goßler leitet Seniorentreff

Harry Hoffmann hat, wie Ingeborg Renner in ihrer Laudatio zu Recht schreibt, sich über lange Jahre für den Seniorentreff, ob in der Schwyzer Straße oder bei Transnet, verdient gemacht.

Der Landesvorstand der AG 60 plus hat in einer geselligen Runde am 11. Juni Harry Hoffmann gebührend gewürdigt und sich für seinen verdienstvollen Einsatz für die Senioren aber auch für sein Wirken in der SPD bedankt.

Der Seniorentreff wird nunmehr unter der Regie von Anita Goßler, der stellvertre-

tenden Landesvorsitzenden von 60plus, fortgeführt. Anita hat schon in der ersten von ihr geleiteten Zusammenkunft am 9. Juli mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert zur Situation der Pflege ein gutes Beispiel für lebhaftes Gespräch und informative Unterhaltung dargeboten.

Sie wird auch künftig mit Elan und vielfältigen Ideen den Seniorentreff am Hallischen Ufer 74 in Kreuzberg bei Transnet fortführen.

Werner Kleist, Landesvorsitzender 60plus □

FRAKTION INTERN

Zukunft der Jobcenter gesichert. Als "richtige Entscheidung für Arbeitssuchende und Mitarbeiter" hat die Berliner SPD-Abgeordnete Burgunde Grosse, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, die Entscheidung der Arbeits- und Sozialminister gewertet, das bisherige Modell der Jobcenter durch eine Verfassungsänderung abzusichern. "Ich begrüße diese Entscheidung sehr", so Burgunde Grosse. "Das eindeutige Votum der 16 Bundesländer ermöglicht weiterhin Hilfen aus einer Hand für Langzeitarbeitslose. Gerade für Berlin mit seinen 600 000 Betroffenen ist diese Entscheidung von besonderer Bedeutung. Arbeitssuchende haben weiterhin die gleichen Ansprechpartner am gleichen Ort. Das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter. Jetzt wird es darauf ankommen, dass der Bund mit den Ländern so schnell wie möglich eine tragfähige Lösung für eine verfassungsrechtliche Regelung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung erarbeitet."

Staatsoper: SPD begrüßt behutsame Sanierung. Die Entscheidung, den nach den Plänen des DDR-Architekten Richard Paulick erbauten Saal der Staatsoper denkmalgerecht zu sanieren, ist von der SPD-Kulturpolitikerin Brigitte Lange begrüßt worden.

„Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, so behutsam wie möglich mit der historischen Substanz umzugehen und diese besondere Anziehungskraft des Paulick-Saales der Staatsoper Unter den Linden zu erhalten“, so Brigitte Lange. „Damit bleibt dieser Saal, der schon immer einen wichtigen Teil des Opernerlebnisses dargestellt hat, den Berlinerinnen und Berlinern sowie den Gästen unserer Stadt erhalten.“ In diesem historischen Opernsaal hätten schließlich schon großartige Dirigenten wie Konwitschny, Masur, Sanderling, Luisi, Jacobs und Barenboim große Erfolge gefeiert, und das besondere Ambiente dieses Saales mache einen Teil des Kunstgenusses aus.

„Mit der Entscheidung für eine denkmalgerechte Sanierung wird eine sehr intensive, z.T. bizarre anmutende Diskussion beendet, die doch zumindest einen sehr positiven Effekt hatte: Die Staatsoper ist wieder in aller Munde! Ich freue mich, dass wir im Zuge der Sanierung die Gelegenheit haben werden, die einzelnen Profile der drei Opernhäuser in Berlin noch deutlicher herauszustellen“, so Brigitte Lange.

Schließlich habe Berlin drei architektonisch sehr unterschiedliche Opern zu bieten. Diese Vielfalt muss genutzt und noch aktiver beim nationalen und internationalen Publikum verankert werden. **TM** □

Gesundheitswirtschaft:

Finanzierungsobjekt: Krankenhaus

Philip Schunke über notwendige Investitionen und neue Aufgabenverteilungen

Anfang Juli kamen im schleswig-holsteinischen Plön die Gesundheitsminister von Bund und Ländern zusammen. Zentrales Thema: Die Zukunft der Krankenhausfinanzierung. Zwar wurde kein Konsens gefunden, doch wirft die Konferenz ein Schlaglicht auf ein Thema, welches dringend auch in Berlin einer ausführlicheren Diskussion bedarf.

Krankenhäuser haben die Aufgabe, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ihren Angeboten aus Diagnostik, Therapie und Pflege sicherzustellen. Ob als Grund- oder Maximalversorger müssen sie dies unter zunehmendem Kostendruck erfüllen. Die Probleme der Krankenhäuser sind dabei vielfältig. Kosten steigen, Preise können kaum erhöht werden, die zugeteilten Budgets sind gedeckelt. Hinzu kommen Details wie die Pflichtabgabe zur Sanierung der Krankenkassen. Bei einem Personalkostenanteil von rund 60 Prozent bedeutete dies immer auch enormen Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – von zunehmender Arbeitsverdichtung bis zum Stellenabbau.

MITARBEITER TRAGEN DIE LAST

Sicher führte Kostendruck und Wettbewerb gepaart mit der Unwillig- oder Unfähigkeit der Träger zum Defizitausgleich zunächst auch zu notwendigen Effizienzsteigerungen. Krankenhäuser wurden umstrukturiert, ein klares Management für die Medizintechnik etabliert oder die OP-Auslastungen optimiert. Sicher waren auch Standortschließungen notwendig, da deren Unterstützung unter dem Druck der kommunalen Haushaltskonsolidierung die Vernachlässigung wichtiger anderer Aufgaben nicht mehr rechtfertigte. Aber wir haben einen Punkt überschritten, von dem an die Häuser von der Substanz leben – und darunter leiden vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Derzeit müssen die durch Effizienzgewinne frei werdenden Mittel in die baulichen oder medizintechnischen Investitionen umgeleitet werden, um eine adäquate medizinische Versorgung aufrecht zu erhalten. Dies sind jedoch vom derzeitigen Finanzierungsmodell her Mittel, die für Betriebskosten (also vorrangig Personal) vorgesehen waren. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser tragen also eine doppelte Last. Zum einen direkt über die erhöhte Arbeitsverdichtung bis hin zum Stellenverlust zum Erreichen der notwendigen Effizienz, zum anderen fließen die Früchte ihrer Opfer nicht an



Philip Schunke ist stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit und Sprecher der AG Gesundheitswirtschaft.

sie zurück, sondern finanzieren die Lücke, welche eine inadäquate Ausstattung mit Investitionsmitteln auftritt.

Dies ergibt sich aus der derzeitigen Form der dualen Krankenhausfinanzierung. Danach müssen Krankenkassen die Betriebsausgaben der Krankenhäuser abdecken, wohingegen für die Investitionen die Länder zuständig sind. Nun sind die Investitionsmittel aller Bundesländer deutlich unter die 1972 intendierten Quoten gefallen. Es ergibt sich das geschilderte Problem: Die Krankenhäuser müssen das Minimum ihrer Investitionen aus den Betriebseinnahmen – und damit den Mitteln für Personal und Sachkosten – abzweigen.

Für Versorgungsqualität oder Arbeitsbelastung sollte es unerheblich sein, ob ein effizient strukturiertes Krankenhaus in Bayern oder Berlin steht. Derzeit ist dies aber nicht der Fall, da jedes Land nach unterschiedlicher Prioritätensetzung und häuslicher Möglichkeiten entscheidet. Diese Situation ist weder sozial noch ökonomisch tragfähig und muss auch im Sinne eines fairen Wettbewerbs einer bundeseinheitlichen Lösung Platz machen. Mit der sog. Monistik bietet sich eine Alternative.

Historisch gesehen ist die Monistik – also die Finanzierung von Betriebskosten wie Investitionsmitteln aus einer Hand – ein alter Hut. Bereits bis 1972 war dies in Deutschland die Form der Krankenhausfinanzierung. Grundgedanke einer neuen monistischen Finanzierung wäre, dass zusätzlich zur gegenwärtigen Entschädigung für eine bestimmte Indikation (Blinddarmentzündung) ein Zuschlag für die mittelfristig hieraus abzuleitenden Investitionen gezahlt wird – also eine Erweiterung des derzeitigen deutschen Fallpauschalensystems (G-DRG). Der Vorteil wäre nicht nur die Möglichkeit einer bundesweit einheitli-

chen Ausstattung der Krankenhäuser mit den nötigen Investitionsmitteln, auch könnte dringend benötigte Kalkulierbarkeit in das System einkehren und – quasi nebenbei – auch der unterschiedlichen Morbidität der Regionen einfacher Rechnung getragen werden.

Für die Krankenhausträger ist die Frage nach dualistischer bzw. monistischer Finanzierung zunächst wohl zweitrangig. Es stellt sich für diese die Frage, in welchem Umfang die Mittel fließen bzw. wie kalkulierbar und selbstbestimmt diese einsetzbar sind. Für Kommunen und Bund sollte die Frage eine andere sein – und zunächst nicht in erster Linie eine Suche nach der Summe. In welchem Umfang auch immer die Mittel fließen, Bund und Länder sollten Interesse daran haben, dass die Form des Mittelzuflusses im gesamten Bundesgebiet die Entwicklung bedarfsgerechter, moderner Versorgungsstrukturen befördert. Hier hat sich die nach politischen Prioritätensetzung und fiskalischen Möglichkeiten willkürlich anmutende derzeitige Form der Dualistik überlebt.

Wenn der unerträgliche Druck auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser ein Ende haben und eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung sichergestellt werden soll, muss das Thema Investitionsmittel für Krankenhäuser dringend angegangen werden. Die Impulse aus dem Bundesgesundheitsministerium sollten Ansporn für Berlin sein mit einem eigenen Vorschlag in die Debatte einzusteigen. Gerade das finanzschwache Berlin könnte profitieren, auch wenn es sich von Teilen der lieb gewordenen Krankenhausplanung verabschieden müsste. Es muss eine Struktur geschaffen werden, die es ermöglicht für einige Jahre Ruhe in das System zu bringen und eine positive Entwicklung des Krankenhausmarktes aber auch der Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern zu gewährleisten.

BERLINER ENTWURF

Berlin hat die herausragende Chance, gemeinsam mit den am Standort vertretenen Krankenhausunternehmen (Charité, Vivantes, DRK Kliniken Berlin, HELIOS etc.) eine konsensfähige alternative Krankenhausfinanzierung zu entwerfen, die die oben genannten Voraussetzungen erfüllt. Zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der von einer qualitativ hochwertigeren Versorgung profitierenden Bevölkerung. **Philip K. Schunke** □

Wahlrecht:

Soziales Europa nur mit uns

Dagmar Roth-Behrendt zur Weiterentwicklung der EU

Die Diskussion über das Verhältnis von Wettbewerb und sozialen Rechten in der Europäischen Union (EU) ist insbesondere nach den letzten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs in den Rechtssachen Viking, Laval und Ruffert erneut entbrannt. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission nun ein umfangreiches Sozialpaket vorgestellt, das in den nächsten Monaten im Rat und im Europäischen Parlament diskutiert wird. Das Paket enthält umstrittene Vorschläge, z. B. zu Antidiskriminierung und zu den europäischen Betriebsräten.

Durch die vorgeschlagene Antidiskriminierungsrichtlinie wird die Gleichberechtigung auf alle Lebensbereiche ausgedehnt und damit über den bisherigen Schutz am Arbeitsplatz hinausgehen. Viele Aspekte des Richtlinienvorschlages werden in Deutschland bereits durch das 2006 vom Deutschen Bundestag beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz erfüllt. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich schon damals erfolgreich dafür eingesetzt, das Gesetz auf mehr als die in der damaligen EU-Richtlinie geforderten Personengruppen und Lebensbereiche auszuweiten. Die jetzt vorgelegte Richtlinie orientiert sich an den deutschen Regelungen und erhöht damit den Diskriminierungsschutz für Millionen von Menschen in anderen Teilen der Europäischen Union.

Überhaupt nicht zufriedenstellend ist dagegen der Richtlinienvorschlag zu den Europäischen Betriebsräten. Der Vorschlag konkretisiert die Informations- und Anhörungsrechte der europäischen Betriebsräte nicht, setzt die Schwelle der Mindestbelegschaftsstärke für die Gründung eines



Die Berliner Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt. Foto: BS-Archiv

Euro-Betriebsrates nicht herab und zeigt im Ganzen, dass die Kommission nicht an einer Stärkung der Europäischen Betriebsräte interessiert ist. Als sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament treten wir für mehr Beteiligung der Europäischen Betriebsräte ein. Wir werden uns den schwierigen Verhandlungen mit Arbeitgebern, Konservativen und der Europäischen Kommission stellen und mit den Gewerkschaften zusammen für eine Regelung kämpfen, die die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass das soziale Europa nicht mehr hinter den Freiheiten des Binnenmarktes zurückbleibt und die Menschen bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union im Mittelpunkt stehen.

Dagmar Roth-Behrendt □

Patientinnen und Patienten haben die freie Wahl

Tomaten und Waschmaschinen, Handwerker und Studenten - alle haben das Recht, sich frei im Binnenmarkt der EU zu bewegen - Patientinnen und Patienten dagegen profitieren von diesem Recht noch nicht ausreichend.

Die Kommission hat nun endlich einen Vorschlag vorgelegt, der das Recht der Menschen anerkennt, sich als Patientinnen und Patienten auch im europäischen Ausland behandeln zu lassen und Anspruch auf Kostenerstattung zu haben. Nachdem schon der Europäische Gerichtshof dieses Recht mehrfach angemahnt hat, war das längst überfällig. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Behandlungen innerhalb der EU bis zu der Höhe erstattet werden müssen, wie die gleiche Leistung im Heimatland des Patienten kosten würde. Für stationäre Behandlungen können die Mitgliedstaaten eine vorherige Genehmigung vorsehen.

Außerdem soll die Einrichtung von europäischen Referenzzentren gefördert werden. Von diesen hochspezialisierten Kliniken werden die Patientinnen und Patienten sicherlich sehr profitieren, da sie dort die Möglichkeit haben sollen, Spezialisten aus ganz Europa zu konsultieren. Die dortigen Erkenntnisse und best practice-Erfahrungen bei der Behandlung auch von komplizierten Krankheiten werden hoffentlich zur Wissensvermittlung und in allen Teilen der Europäischen Union zur Verbesserung der Behandlungen vor Ort führen. Wenn wir es schaffen, uns bei den Beratungen im Europäischen Parlament durchzusetzen, dann wird das für die Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union ein Quantensprung. DRB □

Umwelt:

Emissionshandel als Beitrag zum Klimaschutz

Flugverkehr wird auf Druck der SPE-Fraktion endlich einbezogen

Die CO₂-Ausstöße des Luftverkehrs tragen wesentlich zum Klimawandel bei. Es wurde daher höchste Zeit, dass der Flugverkehr über das Emissionshandelssystem nun endlich seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Ziel des Emissionszertifikathandels in der Europäischen Union ist die dauerhafte Reduzierung von CO₂-Ausstößen. Ab 2012 wird nun auch der Ausstoß von CO₂ bei Flügen im Emissionshandelssystem durch die Vergabe von Zertifikaten geregelt. 15 % dieser Zertifikate müssen von den Flugge-

sellschaften ersteigert werden. Betroffen sind alle Flüge in und aus der Europäischen Union, gleichgültig, ob es sich um eine europäische oder internationale Fluggesellschaft handelt. Regierungsflüge und Businessjets sind gegen den Widerstand der Konservativen auf Druck von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ebenfalls von diesen Regelungen erfasst.

Durch den Emissionshandel steigen die Kosten für die Passagiere um circa 4,60 Euro für Flüge innerhalb Europas und um circa 40 Euro für Interkontinentalflüge. Die

Erlöse aus den Abgaben sollen für Klimaprojekte verwendet werden.

Auch wenn das Europäische Parlament - und dort vor allem die SPE-Fraktion - gefordert hat, mehr als 15 % der Zertifikate zu versteigern, ist die erzielte Einigung ein Erfolg. Gegen den erbitterten Widerstand verschiedener Seiten ist es gelungen, den Flugverkehr in das Emissionshandelssystem einzubeziehen und so einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten, dessen Umsetzung nur im europäischen und weltweiten Kontext möglich ist. □

Bildung:

Mit mehr Druck zur Integration?

Aziz Bozkurt: Für eine Politik der Prävention vor Repression!

Hinschauen und Handeln - dies sei das Erfolgskonzept europäischer Partner im Rahmen von Integrationsbemühungen. Der aktuelle Tenor in den Medien - angeheizt durch Auslandsreisen politischer Akteure - impliziert, dass das bewusste Wegschauen einer repressiveren Politik Platz machen muss, wenn man die Herausforderungen bewältigen will.

Es ist sicherlich richtig, dass noch viel zu oft weggeschaut wird, aber daraus abzuleiten, dass Prävention mit Repression der einzige Weg sei, wäre mehr als fatal, da sich eine gesellschaftliche Eingliederung nicht erzwingen lässt. Integration gelingt nur, wenn man Unterschiede in einer pluralistischen Gesellschaft ohne Repressalien zusammenführen kann.

Die Frage von Integration stellt sich insbesondere im Bereich der Schulbildung. Die jüngsten Statistiken verdeutlichen aufs Neue die Bedeutung einer funktionierenden Integrationsleistung der Schulen, wenn man sich vor Augen führt, dass über 40 % der 6 bis 15jährigen BerlinerInnen einen Migrationshintergrund aufweisen. Nun soll das Prinzip der Prävention mit Repression auch in den Schulen Einzug halten.

WO BLEIBT DA DER RUF NACH DEM VORSORGENDEN STAAT?

Im Rahmen der Sozialstaatsdebatten wurde und wird gerne nach dem vorsorgenden Sozialstaat geschrien. Als Allheilmittel sollte er alles in Ordnung bringen, was der angeblich herrschende nachsorgende Sozialstaat nur schlecht bewältigen könne. Nun aber werden in diesem Fall repressive Maßnahmen verlangt, die erst dann greifen würden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Dies offenbart zunächst die Tatsache, dass der vorsorgende Sozialstaat nur ein Argument sein sollte, um weitere Kürzungen am Sozialstaat zu rechtfertigen.

Wir als SozialdemokratInnen sollten uns für einen stärker präventiv wirkenden Staat stark machen. Gerade im Bereich der Bildungspolitik kann man viel erreichen. Seien es die - in der Umsetzung leider zaghafte - Vorhaben in Richtung Gemeinschaftsschule oder Maßnahmen zur Steigerung der Qualität staatlicher Schulen.

Unser Ziel muss es sein, der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aufgrund des fehlenden öffentlichen Interesses und den institutionalisierten Mechanismen der Diskriminierung von ethnischer und sozialer



Aziz Bozkurt ist stellvertretender Juso-Landesvorsitzender.

Foto: privat

Herkunft im Bildungssystem entgegenzuwirken!

SCHULVERWEIGERINNEN IM MITTELPUNKT EINER FALSCHEN DEBATTE.

Das Hauptproblem sei - so wird auch von manch einem Sozialdemokraten argumentiert - die große Zahl der SchulverweigerInnen und die sich wohl zwangsläufig anschließende Kriminalität. Dieser könne man nur mit härteren Strafmaßnahmen beikommen. Natürlich muss verhindert werden, dass Jugendliche und Kinder den Schulen fernbleiben. Fraglich ist, ob das die größte Bedrohung für unser Schulsystem ist. Selbst wenn, dann wäre der effektivste Hebel, um der Problematik Herr zu werden, die Verbesserung unserer Schulen und der sozialen Situation der Betroffenen. Versäumnisse der Politik sollten nicht automatisch in Sanktionsmaßnahmen münden.

Gerne werden soziale Probleme in einen Kausalzusammenhang mit einem hohen Anteil an MigrantInnen gebracht, obwohl dies in keiner Weise haltbar ist. Zudem zementiert eine solche politische Interpretation einen problemzentrierten Fokus auf MigrantInnen. Man kommt da leicht auf den Gedanken, dass diese Probleme aus den Herkunftsländern importiert sein müssen. Dieser Standpunkt verkennt aber, dass unsere Gesellschaft versagt hat und nicht jene im Ausland. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die Jugendlichen und Kinder meist die 2. oder 3. Generation bilden. Integrationspolitik Made in Germany ist eben kein Exportschlager.

Betrachtet man das Bildungssystem in

Gänze, dann stellt man fest, dass die Probleme woanders zu suchen sind. Nebst der nicht ausreichenden finanziellen Ausstattung des Bildungssystems spielen Alltagsrassismus und Perspektivlosigkeit eine viel wichtigere Rolle und sollten eher als Symptome wie die Schulverweigerung bekämpft werden.

PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND ALLTAGSRASSISMUS.

Leicht lassen sich die angebliche Null-Bock-Mentalität und die Lustlosigkeit hinter den gescheiterten Integrations- und Bildungsanstrengungen anführen. Jedoch ignoriert man damit, dass das Fehlen von Perspektiven hinter der zugeschriebenen Lustlosigkeit steckt. Es ist ein Hohn gegenüber den Jugendlichen, ihre Zukunftsängste und die anschließende Resignation in der Art und Weise abzutun.

In den Medien hat man viel über die Rütli Schule und die katastrophalen Zustände gehört, aber wer kennt die Karl-Marx-Schule im sachsen-anhaltinischen Gardelegen? An dieser Schule gab es auch einen Hilferuf seitens der LehrerInnen, dem leider viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Die SchülerInnen waren wahrscheinlich eher Bio-Deutsch als die der Rütli Schule - aber die Probleme waren dieselben! Die Schülerschaft fühlte sich abgehängt und chancenlos in ihrer Gesellschaft. Der Unterschied zwischen den Schulen war bzw. ist, dass die Rütli Schule an Berühmtheit gewann und die Karl-Marx-Schule wahrscheinlich weiter dahinvegetiert. Sicher auch u.a. motiviert durch das öffentliche Interesse und die anschließenden Anstrengungen in Neukölln hat man eventuell eine Wende geschafft und den Jugendlichen Zukunftsperspektiven eröffnet. Wieso sollte dieses Interesse nicht auch den SchülerInnen anderer Problemschulen gegönnt sein?

Einen weiteren Beitrag zur Demotivation leistet der täglich erfahrene Alltagsrassismus. Seien es die Medien oder auch PolitikerInnen. Den Jugendlichen mit Migrationshintergrund mangelt es nicht an Gelegenheiten täglich Diskriminierung und Rassismus zu erfahren. Angefangen mit der Gleichsetzung der entstandenen Probleme aufgrund einer unausgeglichene sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft mit einer hohen MigrantInnenquote oder der oft getätigte Hinweis auf den Anteil der SchwerverbrecherInnen mit Migrationshintergrund, wenn man eigentlich nach Integrationskonzepten gefragt wird.

Aziz Bozkurt ☐

Integration:

Antwort auf Armut und Migration geben

„Aufbruch“ formuliert ein Hundert-Schulen-Programm

Vor zwei Ausgaben dokumentierte die Berliner Stimme Auszüge aus der Groß-Pinnower Erklärung der Neuköllner SPD. Sie spitzt die Probleme der Berliner Bildungs- und Integrationspolitik auf die Forderung einer wirkungsvollen Bekämpfung der Schulverweigerung zu. Ihr Thema sind die Kinder aus einkommensschwachen Haushalten mit Migrationshintergrund. Die Vorschläge sind richtig, pragmatisch und kosten Geld, erfassen aber noch nicht den ganzen Skandal der Chancenlosigkeit, die in Berlin aus der Kombination von Armut und Migration entstanden ist.

Der Berliner Aufbruch hat sich im Mai dem gleichen Thema gewidmet, allerdings mit Blick auf insbesondere die Schulen, in denen muslimische Kinder mit türkischer, arabischer oder albanischer Herkunft 80 bis 90 Prozent der Schülerschaft stellen. Davon gibt es in Berlin rund hundert Schulen. Sie sind räumlich konzentriert. Einige wenige zeigen erstaunliche Leistungen und können in Ausnahmefällen auf gute Ergebnisse verweisen, die meisten jedoch nicht. Das Programm der hundert Schulen des Aufbruchs schaut auf die spezifischen Bedingungen dieser Schulen und fordert dafür einen politischen Neuanfang.

POLITISCHER NEUANFANG IST NOTWENDIG

Auf das Zusammentreffen von Armut und Migration hat die Berliner Politik - obwohl die bildungsverhindernden Folgen dieser Symbiose seit Jahren bekannt sind - immer noch keine wirkungsvolle Antwort. Der von der Regierung Brandt 1973 verabschiedete Bildungsgesamtplan, der Bildung für alle versprach, ist gerade 35 Jahre alt geworden.

Bildung sollte nicht mehr das Vorrecht der privilegierten Schichten, sondern das Recht jedes einzelnen Bürgers sein, um gerade auch den Benachteiligten - Kindern aus den unteren sozialen Schichten, Mädchen und Landkindern - Chancengleichheit und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Anstelle der Landkinder muss man heute die Kinder mit Migrationshintergrund setzen. Das hat sich seitdem geändert, Willy Brandts Forderung steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Immer mehr rückt ins Bewusstsein, dass nicht nur allgemein die schlechten Leistungen beim PISA-Befund schmerzen, sondern dass mehr als 35 Jahre Bildungspolitik an den sozialen Klassenschranken unserer



Einschulungsaktion der SPD Mitte: In mehreren Bezirken finden sich Schulen mit hohem Anteil an Kindern aus Migrantenfamilien.

Foto: SPD Mitte

Schulen nichts geändert haben. Im Gegenteil: In Berlin - und das nicht nur in Neukölln, sondern auch in Kreuzberg, Mitte, Tempelhof-Schöneberg - lassen sich jeweils auf engem Raum Schulen beobachten, die ihren Kindern keine Zukunftsperspektive geben.

DIE RÜTLI-SCHULE WAR NUR EIN SYMPTOM

Rütli war nur ein Symptom für die darunter liegende Bildungsapartheid und fängt als Modell gerade erst an. Wie weit wir mit unserer Realpolitik davon entfernt sind, an diesen Schulen etwas zu ändern, zeigt die gerade verkündete Neuverteilung der Personalressourcen durch die Schulverwaltung. Sie wird mit Anspruch auf mehr Gerechtigkeit und Transparenz begründet und hat viele Argumente für sich, sie führt aber de facto dazu, dass gerade die Gebiete mit hohen Belastungen viele Lehrerstellen verlieren. Jede Motivation, an den Problemschulen einen Neuanfang zu wagen, droht so, im Keim erstickt zu werden.

Wer die Situation belasteter Schulen mit hohem Armuts- und Migrationsanteil wirklich verändern will, wird nicht umhin können, eine von zwei Möglichkeiten zu ergreifen: entweder den Kuchen der Ressourcen zu Lasten der weißen Bezirke neu zu verteilen oder den Kuchen größer werden zu lassen. Keine dieser beiden Alternativen wird gegenwärtig verfolgt.

KINDER IN DIE AUSSICHTSLOSIGKEIT SCHICKEN?

Verlierer sind die Brennpunktschulen. Eltern, denen es angeblich nicht zuzumuten ist, ihr Kind an eine schwarze Schule zu schicken, bekommen in Verfolgung des Elternwillens eine neue Schule gebaut. Dass

es eigentlich folgerichtig wäre, die schwarze Schule zu schließen, ist immer noch Tabu. Aber wem ist eigentlich zuzumuten, Kinder in die Aussichtslosigkeit zu schicken?

In der Analyse sind sich die Neuköllner und der Aufbruch einig: Es geht um die Unfähigkeit des Bildungssystems, einem Teil der Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen, um die Unfähigkeit der Wirtschaft, diese Jugendlichen als Arbeitskräfte aufzunehmen, um das Fehlen emanzipierter, auf eigenen Füßen stehender Vorbilder in der Elterngeneration, um die Ratlosigkeit, die Bequemlichkeit oder sogar die Bildungsfeindlichkeit von Eltern, die ihre Kinder nicht zum Schulbesuch anhalten, um die viel zu oft mangelnde Bereitschaft staatlicher Autorität (Schule, Schulamts, Jugendamt, Gerichte), die selbst definierten Regeln durchzusetzen. (Neukölln) Es geht um eine gesellschaftliche Antwort auf Armut und Migration. Die Schule ist ein Teil davon.

KEINE SCHULFORMDEBATTE

Aufbruch und Neukölln führen keine Schulformdebatte. Es ist empirisch auch offensichtlich, dass alle Schulformen mit mehr als 80 Prozent Kindern nichtdeutscher, muslimischer Herkunft gemeinsame Probleme haben, auch der Campus Rütli. Es sind grundsätzlich mindestens vier spezifische Unterschiede zu anderen Schulen auszumachen, die eine spezifische Antwort erforderlich machen:

○ **Eltern:** Sie sind entgegen vieler geäußelter Erfahrungen in den Schulen am Bildungserfolg ihrer Kinder hoch interessiert und üben auf diese einen gewaltigen Druck aus. Das unterscheidet sie gewöhnlich von deutscher Unterschicht. Für

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

viele ist der Erfolg der Kinder die Bestätigung ihres Lebensziels und der Lohn der Migrationsanstrengungen. Sie sind jedoch mit der Sprache des deutschen Bildungssystems nicht vertraut und erleben gewöhnlich die Schule als Quelle der Kritik an ihrer Erziehungskompetenz. Im Ergebnis vermeiden sie den Kontakt; die Lehrer haben den Eindruck, diese Eltern nicht erreichen zu können, fühlen sich angesichts der Verweigerung der Eltern alleingelassen und vermissen die Unterstützung der Gesellschaft, die selbst definierten Regeln durchzusetzen.

○ **Sprache:** Es ist schwer, in einer fremden, kaum beherrschten Sprache Lesen und Schreiben zu lernen. Weder Kita noch Grundschule schaffen es gegenwärtig, ein nur halbwegs akzeptables Ergebnis in der Sprachbeherrschung dieser Kinder zu erreichen. Noch in der neunten Klasse einer Realschule erleidet die Hälfte der Kinder Nachteile durch Mangel an Deutschkenntnissen. Auch eingefleischte Bildungsexperten können in Berlin keine Handvoll Schulen aufzählen, an der jeder Unterricht sich als Sprachunterricht versteht. Diese pädagogische Forderung ist zwar inzwischen Allgemeingut aber nicht umgesetzt. Das Problem wird einfach nicht gelöst.

○ **Motivation:** Es gibt unzählige Analysen, warum Migrantenkinder in unserer

Gesellschaft zwischen Baum und Borke stehen. Sie müssten eigentlich mehr als andere eine Anerkennungskultur erfahren, mehr als andere einen Lehrer als Person erleben. Sie müssten lernen, Verantwortung für sich und das Hiersein zu übernehmen. An der Werner-Stephan Schule in Berlin Tempelhof ist das erkannt worden und es ist eine neue Schule entstanden mit weit beachteten Ergebnissen. Warum gelingt das kaum anderswo? Es reicht nicht, die herkömmliche Gesamtschule anzubieten und zu glauben, durch differenziertes Angebot jedem Schüler nach seiner Façon eine Chance zu bieten. Ohne die Rückeroberung des Erziehungsgedankens auf der Basis intensiver und stabiler Beziehungen geht ein solches Angebot an den Migranten vorbei.

○ **Personal:** Kaum eine Schule will Brennpunktschule genannt werden. Doch wenn man hineingeht, weiß man, wo man ist. Auch die Eltern haben ein feines Gespür dafür und stimmen mit den Füßen ab. Es gibt in diesen Schulen oft ein bewundernswertes Engagement von Lehrern, Sozialarbeitern, Eltern und Schülern, doch ohne Unterstützung von außen fühlen sich viele Kollegien bald in einer Abstiegs Spirale gefangen. Wenn ihr Engagement nicht irgendwann im burn out verbrannt sein soll, dann brauchen sie besondere Kompetenzen, um selbst - nicht nur Delegation nach

außen - mit den Problemen fertig zu werden. Die Schulleitungen brauchen besondere Managementfähigkeiten und die Stützung durch eine verlässliche Personalplanung. Die haben sie bisher nicht.

SCHULEN SCHLIESSEN, DIE DIE
HERAUSFORDERUNG NICHT
ANNEHMEN

Auf diese spezifischen Bedingungen von Schulen mit vielen Migranten versucht der Aufbruch zu antworten. Doch das Wichtigste an den Vorschlägen vom Aufbruch und von Neukölln ist die politische Akzeptanz des Problems und der Wille zur Lösung. Die Gemeinsamkeiten beider Papiere sind groß. Der Aufbruch setzt unabhängig von der Schulform auf systematische Sprachförderung, auf Strukturveränderungen im Unterrichtsbetrieb, darauf dass Elternarbeit für jeden Lehrer verbindlich und als Teil seiner Arbeit gesehen und bezahlt wird. Eine Gemeinschaftsschule kann das leisten. Die anderen müssen das aber auch. Konsequenz zu Ende gedacht, muss die Berliner SPD sich zu der Willensbekundung durchringen, Schulen zu schließen, die nicht in der Lage sind, die Herausforderungen anzunehmen. Es kann nicht einfach dabei bleiben, dass es Schulen gibt, auf die man sein Kind nicht schicken möchte.

Eddie Heußén □

P OST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

SOZIALDEMOKRATISCHE
ENERGIEPOLITIK - GIBT ES SO
WAS NOCH?

Der Spritpreis steigt. Überall wird diskutiert von Pendlerpauschale über Biosprit bis zur Energiepolitik im Allgemeinen und über Atomkraftwerke im Besondern. Nur mit Uran, das man für die Energieversorgung mittels Atomkraftwerken benötigt, kann man kein Auto fahren. Außer es gäbe Autos mit Elektroantrieben. Aber da gibt es noch sehr große technische Probleme und solche Autos rechnen sich (noch) nicht.

In dem Spagat zwischen Klimaschutz und bezahlbaren Energiepreisen kann eine neue Atomvereinbarung zwischen Politik und Energiekonzernen notwendig werden.

Im Jahre 2000 einigten sich die rot-grüne Bundesregierung und die Kraftwerksbetreiber auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Laufzeit der Atomkraftwerke wurde gemeinsam auf 32 Jahre begrenzt.

Energie mittels Atomkraft zu erzeugen sollte eine Übergangstechnologie sein und in dieser Zeit sollte alles getan werden, um Alternativen zu entwickeln. Sogar in einem Vorstandbeschluss der CDU 1989 zur Um-

welt- und Energiepolitik wird die Kernenergie als Übergangstechnologie bezeichnet.

Diese Überlegungen und Beschlüsse beruhten auf der zeitlichen Nähe zum drama-



Debattenforum in Mitte: Mit einer Veranstaltung im Lichtburgforum hat die SPD-Mitte die Diskussion über Rechtsextremismus im Bezirk Mitte aufgegriffen. Aufgezeigt wurde, welche Formen des Rechtsextremismus derzeit aktuell sind und welche Möglichkeiten es zum Widerstand im lokalen wie bundesweiten Rahmen gegen Rechts gibt. Mit dabei war auch Sebastian Edathy, Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag.

tischen Störfall in Tschernobyl. Nur ist die Sicherheitslage heute besser?

Man denke nur an die Störfälle bei uns in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel. Außerdem ist die Endlagerung noch lange nicht geklärt, hier nur die Stichworte Gorleben und jetzt ganz neu Asse. Trotzdem erscheint ein Überdenken der Laufzeiten von neuen und sicheren Atomkraftwerken sinnvoll, mit der Bedingung keinen Neubau von Atomkraftwerken. Nur sollte dabei mit überdacht werden, dass eine längere Laufzeit der vorhandenen Meiler den Energieversorgungsunternehmen riesige Gewinne bescheren.

Es kann nicht sein, dass der Staat privatwirtschaftlichen Unternehmen mit solchen Beschlüssen zu riesigen Gewinnen verhilft. Die Energieversorger verdienen jetzt schon prächtig und müssen dann für eine längere Laufzeit ihrer dann abgeschriebenen Atomkraftwerke zur Kasse gebeten werden.

Außerdem muss jetzt endlich viel mehr für alternative Energien getan werden, denn auch Uran ist genauso wie Gas und Öl nur begrenzt in unserer Erde vorhanden.

Karl-Heinz Füllberg □

Vor 40 Jahren:

Ein Ereignis, viele Erinnerungen

Siegfried Heimann über die unterschiedliche Wahrnehmung der 68er

In einer Veranstaltung zur Geschichte der 68er im Frühjahr 2001 an der FU Berlin wurde die Gefahr beschworen, dass Geschichte umgeschrieben werden soll. Dieser Gefahr gelte es zu begegnen. Nun wird Geschichte immer wieder neu geschrieben, mit neuen Quellen, mit neuen Fragen. Gemeint war, dass Geschichte im Rückblick gefälscht werden kann aus undurchsichtigen, besser: ziemlich durchsichtigen Motiven der heutigen Tagespolitik und des Tagesgeschäfts.

Deshalb ist es wichtig, sich erinnernd des historischen Kontextes des Wirkens Willy Brandts, der SPD überhaupt und der Berliner SPD im Besonderen und der Außerparlamentarischen Opposition zu vergewissern. Und damit beginnt schon die Schwierigkeit. Es kann ja keine Rede davon sein, dass es nur eine Erinnerung an ein und dasselbe Ereignis, an einen Prozess des historischen Geschehens und noch viel weniger an eine einzelne Person gibt.

Ein Konsens über die richtige Art des Erinnerns kann nicht angeordnet werden, es sei denn, das Misslingen wird von vornherein in Kauf genommen. Wohl aber ist es notwendig, sich der historischen Fakten immer wieder kritisch zu versichern, um auf schnelle Legendenbildungen nicht hereinzufallen. Der kritische Blick auf die 60er Jahre geschieht ja nicht nur nicht vorurteilsfrei. Der Zurückblickende muss auch zur Kenntnis nehmen, dass auf den 60er Jahren und den '68ern inzwischen - um Koselleck zu zitieren - viele Zeitschichten lagern, die erst in einer Art archäologischer Grabung abgehoben werden müssen, um diese Jahre wieder zum Vorschein kommen zu lassen.

Friedrich Christian Delius - Schriftsteller und 68er - eröffnete vor zwanzig Jahren schon eine sehr sehenswerte Ausstellung über die Protestliteratur um 1968. Er sagte: Von 1968 habe ich, offen gesagt, die Schnauze voll. Er meinte damit die mediale Zubereitung zwanzig, dreißig Jahre danach, denn - so fuhr er fort - : Alles war anders! Die Bilder, Berichte und Dokumente aus alten Zeiten lügen nicht., aber sie lügen doch. Sie zeigen die Leute aus den ersten Reihen, die wildesten Gesichter, die nacktesten Kommunarden, die plakativsten Plakate, die unordentlichsten Wohnungen, die röttesten Fahnen, die spektakulärsten Aktionen. Zitiert werden die kämpferischsten Reden, das auffälligste Polit-Kauderwelsch, die euphorischen - und nicht die skeptischen Stimmen. Wohl gemerkt: Delius



Siegfried Heimann ist Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD. Foto: Horb

meinte die skeptischen Stimmen von damals und nicht die wohlfeilen Distanzierungen und gefälligen Umschreibungen von heute.

Delius spricht damit ein Problem an, dass trotz steter Dementis immer wieder auftaucht: Es gibt nicht die 68er, weder als Objekt nostalgischer Verklärung noch als Buhmann, auf den man getrost einschlagen kann, um heute umso reiner und feiner zu erscheinen.

Es gibt auch nicht die 67er, obwohl es gute Gründe gibt, dieses Jahr besonders zu betonen, zumindest in Berlin: die Anti-Schah-Demonstration, die Prügel-Exzesse der Berliner Polizei und der Tod Benno Ohnesorgs waren ein Wendepunkt in der Protestbewegung der 60er Jahre.

Der unterschiedliche Lebensweg vieler 68er nach 1968 ist schon oft beschrieben worden, meist in Illustrierten in der Rubrik Was aus ihnen geworden ist! Vergessen wird, dass die 68er auch damals schon nicht eine einheitliche revolutionäre Masse darstellten, die an einem Strang und in eine Richtung zogen, um Ferdinand Lassalle leicht abgewandelt zu zitieren.

DIE POLITISCHEN DIFFERENZEN DER 68ER

Im Heft 1 des Jahrgangs 1969 der Literaturzeitschrift Kürbiskern stand auf der letzten Seite eine kurze Erklärung: Darin war von prinzipiellen politischen Meinungsverschiedenheiten im Kreis der Herausgeber die Rede: In der Frage des Aktions- und Wahlbündnisses [gemeint war zur Bundestagswahl 1969], sowie insbesondere in der Frage der militärischen Aktion der fünf verbündeten Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR [gemeint war das Niederwalzen einer Utopie vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz durch sowjetische Panzer am 21. August 1968] verschärften

sich die Differenzen soweit, ... dass eine weitere Zusammenarbeit innerhalb einer Redaktion sich als zu schwierig erweist. Die beiden Redakteure Christian Geißler und Yaak Karsunke wurden aus der Redaktion ausgeschlossen, die Geldgeber aus der DDR hatten ihren Willen durchgesetzt. Der 21. August 1968 und die daraus entstehenden politischen Konflikte machten eindeutig und unverwechselbar einen Konflikt kenntlich, der die ganzen 60er Jahre hindurch die Protestbewegungen mitbestimmte, den Konflikt zwischen einer zahlreichen und offen streitenden undogmatischen marxistischen Linken und einer kleinen, aber organisationserfahrenen marxistisch-leninistischen und - für viele auch weiter - stalinistischen Linken. In den 70er Jahren kamen - eher als Farce, aber verbunden mit vielen individuellen Tragödien - die marxistisch-leninistischen Stalinisten maoistischer Provenienz hinzu.

Eine weitere, auch heute noch existierende Konfliktlinie: Am 13. September 1968, der SDS hatte zur Delegiertenkonferenz gerufen, hielt Helke Sander im Namen des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen eine Rede. Sie forderte die männlichen Genossen auf, ihre Einstellung zur Emanzipation der Frauen zu überprüfen und die Trennung von Privatem und Politischem endlich aufzuheben. Die Genossen waren nicht zu einer Diskussion bereit und daraufhin bewarf Sigrid Rüger die am Vorstandstisch sitzenden Männer mit Tomaten. Der damit nicht zum ersten Mal angesprochene Konflikt zwischen Männern und Frauen in den Protestbewegungen war auch in der linken und linksliberalen Presse nur Anlass für süffisante Anmerkungen am Rande.

Der SDS hatte sich allerdings im Laufe der langen 60er Jahre sehr verändert. Ich will damit nicht auf den SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schmidt hinweisen, sondern auf den Wandel im SDS in den 60er Jahren selbst, als er kein sozialdemokratischer Studentenverband mehr sein durfte, obwohl viele SDS-Mitglieder zu Beginn der 60er Jahre ihn noch so sehen wollten und auf den Ausschluss aus der SPD empört reagierten. Aber bald war aus dem kleinen und sich wohl auch elitär gebenden und wahrgenommenen SDS mit nur wenigen Mitgliedern und ersten kleinen Erfolgen bei hochschulpolitischen Wahlen an den Universitäten gegen Ende der sechziger Jahre ein nach vielen hunderten zählender Verband geworden, der alle studentischen Gremien in den meisten Universitätsstädten dominierte. **Siegfried Heimann** □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

Alt-Moabit: Erinnerung an Karl Bublitz



Mit der Verlegung eines Stolpersteins erinnerte die SPD-Abteilung Alt-Moabit am 5. Juli an den ehemaligen Stadt- und Bezirksverordneten der Tiergartener SPD, Karl Bublitz. Der Künstler Gunter Demnig, der das Konzept der Stolpersteine entwickelt hat, verlegte den Stein an der Dortmunder Str. 2, dem Ort an dem Karl Bublitz bis zu seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten wohnte. In seiner Gedenkansprache schilderte der stellvertretende Vorsitzende der Abt. Alt-Moabit, Joachim Wagner, den Schicksalsweg von Karl Bublitz. Bezirksbürgermeister Christian Hanke rief dazu auf, aus dem Gedenken Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Foto: Marek Much

T ERMINE

■ Mechthild Rawert, MdB Tempelhof-Schöneberg, **Familien haben Zukunft!** Impulsreferat: Familienfreundliche Unternehmen von Dr. Elisabeth Mantl, anschließend Diskussion mit Christel Humme, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Politikbereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Bildung und Forschung und Mechthild Rawert, Montag, 4. August, 19.00 Uhr, ufaFabrik Berlin, Viktoriastr. 10 - 18, 12105 Berlin-Tempelhof, (U-Bhf Ullsteinstr.). Anmeldungen bitte bis zum 31. Juli an Mechthild Rawert, (MdB), SPD-Bundestagsfraktion, Fax: 227-76250. Weitere Auskünfte: Tel. 720 13 884, Email: mechthild.rawert.wk@bundestag.de
 ■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Sommersgespräche mit Petra Merkel**, MdB, u.a. Freitag, 8. August 2008, 10.00 bis 12.00 Uhr auf dem Wochenmarkt Nestorstraße, Mon-

tag, 11. August 2008, 10.00 bis 12.00 Uhr auf dem Wochenmarkt Charlottenbrunner Straße, Mittwoch, 13. August 2008, 10.00 bis 12.00 Uhr auf dem Wochenmarkt Prager Platz
 ■ ASJ Berlin, **ASJ-Stammtisch: Jurist light oder Anpassung an internationale Standards?** - Die Umsetzung des Bologna Prozesses in der Juristenausbildung- Mittwoch, 13. August 2008, um 19.30 Uhr, Restaurant 'Glocke', Mecklenburgische Straße 14 / Ecke Wallenbergstraße, 10713 Berlin
 ■ Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen (AfA) in der SPD Mitte, **„Arbeitsagenturen, Jobcenter und was kommt noch? Wie sieht die Zukunft der Arbeitsverwaltung aus?“**, Mittwoch, 3. September, 17:00 Uhr im „Ännchen von Tharau“, (Cafe, Restaurant im Haus des Sozialverbandes), Rolandufer 6 in 10179 Berlin.

S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 8. August, 15 bis 18 Uhr

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termin: Donnerstag, 17. Juli von 15.00 bis 18.00 Uhr.

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

T RAUER

Wir trauern um:

Jürgen Wörner, geb. 7.5.1956, Abt. Am Rathaus Charlottenburg, Mitgl. s. 1. 9. 1976; **Helmut Schliefnig**, geb. 6.3.1926, Abt. 5/03 FF-Spandau West, Mitgl. s. Jan. 1965; **Hans Boss**, geb. 2.2.1935, Abt. Moabit Nord, Mitgl. s. Jan. 1968; **Erna Hackmann**, geb. 25.5.1918, Abt. 4/73 City Westend, Mitgl. s. Jan. 1956; **Gisela Kohlmann**, geb. 13.1.1926, gest. 9.6.2008, Abt. Brunnenviertel, Mitgl. s. 2.1.1965

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Berlin-Programm:

Viele Angebote im Sommer

Ausstellungen und Konzerte in der Stadt

Auch Hierbleiben lohnt sich: In Berlin gibt es in diesem Sommer wieder ein breites und spannendes Kulturangebot.

Surreale Welten. Unter dem Titel „Surreale Welten“ werden derzeit mehr als 250 hochkarätige Werke der Surrealisten und ihrer Vorläufer gezeigt. Das Spektrum der Künstler reicht von Piranesi und Goya über Klinger und Redon bis zu Dalí, Magritte, Max Ernst und Dubuffet. Mit der Eröffnung der Sammlung Scharf-Gerstenberg gegenüber dem Museum Berggruen entsteht in Charlottenburg durch die Kooperation der Nationalgalerie mit privaten Sammlern ein Museumsquartier der Klassischen Moderne. Die Sammlung Scharf-Gerstenberg zeichnet mit Gemälden, Skulpturen und Arbeiten auf Papier die Geschichte der phantastischen Kunst nach. Den Ausgangspunkt bildet die um 1910 entstandene Sammlung Otto Gerstenbergs (1848-1935). Seine Sammelleidenschaft wurde von seinen Enkeln Walter Scharf (1923-1996) und Dieter Scharf (1926-2001) weitergeführt. Zielstrebig baute Dieter Scharf eine herausragende Sammlung surrealistischer Kunst auf, die er kurz vor seinem Tode in eine Stiftung umwandelte, deren Besitz dauerhaft in Berlin gezeigt werden sollte.

➔ Sammlung Scharf-Gerstenberg, Staatliche Museen zu Berlin, Schloßstraße 70, 14059 Berlin, Öffnungszeiten: Di - So: 10 - 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 4 Euro

Jugendstil aus Nürnberg. Mit Exponaten unterschiedlicher Materialien, z. B. Metall, Keramik, Holz, Textilien und Elfenbein, zeigt die aktuelle Ausstellung im Bröhan-Museum die Verbindung zwischen hochwertigem Kunsthandwerk und industrieller Produktion.

➔ bis zum 03.08.2008, Bröhan-Museum, Schloßstraße 1A, 14059 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf), Öffnungszeiten: Di-



Flamenco am Pfefferberg: Belén López ist am 9. August beim Festival. Foto: Paco Manzano

So 10.00-18.00, Eintritt: 5,- Euro, ermäßigt 4,- Euro; Kinder unter 12 Jahren Eintritt frei.

Flamenco-Festival im Pfefferberg. Mit klassischen und experimentellen Programmen präsentiert sich vom 8. August bis zum 16. August das 13. Flamenco Festival Berlin. Traditionelle Flamenco-Abende und moderne Tanzproduktionen, die Flamencoelemente mit anderen Musik- und Tanzrichtungen verbinden, wechseln sich ab, Hauptspielort ist die Open-Air-Bühne im Pfefferberg-Sommergarten. In der neuen Konzertlocation Haus 13 auf dem Pfefferberg gibt es begleitend Filme, Konzerte und Partys.

➔ Karten bei allen Theaterkassen mit ticketonline, ab 27. Juli ist das Festivalbüro auf dem Pfefferberg täglich von 11.00 - 18.00 Uhr geöffnet.

Babylon - Mythos und Wahrheit. Lebhaftige Assoziationen, wie sie keine andere Stadt in unseren Köpfen hervorruft, zeigt eine große Ausstellung der Staatlichen Museen zu Berlin im Pergamonmuseum. Der Mythos Babel und die Wahrheit um das antike Babylon, das sind zwei Welten in einer Ausstellung.

➔ Während der Babylon-Ausstellung gelten erweiterte Öffnungszeiten: So - Mi: 9 - 18 Uhr, Do - Sa: 9 - 22 Uhr, Eintritt: 12 Euro, ermäßigt 6 Euro

Köpenicker Blues&Jazz-Festival. Musik aus Europa und Amerika präsentieren Jazzmusiker aus aller Welt beim Köpenicker Blues- und Jazzfestival. Vor der eindrucksvollen Kulisse des mehr als 100 Jahre alten neogotischen Köpenicker Rathauses geben sich bis zum 31. August internationale Stars wie Louisiana Red, Chris Barber und Trevor Richards die Ehre. Zu den Programmhöhepunkten zählen die Mississippi Blues Night am 20. Juli und die East-Blues Session am 29. August 2008.

➔ Karten zum Preis von 19,80 Euro unter <http://jazz-in-town.de>

Chopin am Wannsee. Vom 25. Juli bis 3. August finden vor den Kulissen von Berliner Schlössern und Villen die Berliner Klassiktage 2008 statt. Ein Highlight ist die Gesamtauführung von Mozarts Violinkonzerten im Französischen Dom (Französische Friedrichstadtkirche, 26. Juli) am Gendarmenmarkt, in der auch die zur Tradition gewordene Gesamtauführung von Bachs Brandenburgischen Konzerten (25. Juli) stattfinden wird. Die Zusammenarbeit mit den Salzburger Schlosskonzerten kommt in Konzerten mit dem Ensemble Berlin-Salzburg in der Remise des Mendelssohnhauses und in der Friedenskirche Potsdam Sanssouci zum Ausdruck. Chopins Kammermusik für Cello (28. Juli) und eine Trompetenserenade (30. Juli) sind in der Villa Thiede Am Großen Wannsee zu erleben.

➔ Karten bei den üblichen Vorverkaufsstellen sowie beim Veranstalter Musik in Brandenburgischen Schlössern e.V. unter 030/41744414.

Werke aus der Sammlung im Willy-Brandt-Haus präsentiert der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. bis zum 24. August. Innerhalb eines locker gesteckten Rahmens werden Kunstwerke gesammelt, die einen Bezug zu Berlin haben, eine weitere stilistische oder thematische Einschränkung gibt es nicht. Gerade deshalb spiegeln die vorhandenen Werke viele aktuelle Tendenzen der Kunst. **BS □**

➔ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr.